

Umfangreichere Leistungen in 2008 führen zu höheren Ausgaben

Erste Verzerrungen durch das »Neue Kommunale Finanzmanagement« sind zu berücksichtigen

Für das Jahr 2008 belaufen sich die öffentlichen Ausgaben für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe auf fast 25 Mrd. EUR (vgl. Tab. 1). Damit sind die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mrd. EUR bzw. 7,9% gestiegen. Preisbereinigt entspricht dies im Bundesdurchschnitt einer Zunahme um 5,2%. Dies ist die höchste jährliche Zunahme seit Einführung des SGB VIII. Die Steigerung lässt sich sowohl auf deutliche Ausweitungen der Leistungen zurückführen als auch auf die Einführung des »Neuen Kommunalen Finanzmanagements« (NKF). Die Zunahme fällt in Westdeutschland mit 8,3% (preisbereinigt +5,5%) höher aus als in Ostdeutschland mit 5,8% (preisbereinigt +3,1%). Dabei zeigen sich allerdings Unterschiede zwischen den Arbeitsfeldern.

Das »Neue Kommunale Finanzmanagement« (NKF)

Ziel des NKF ist, dass alle Kosten den einzelnen Produkten und Leistungen der Kommunen zugeordnet werden. So werden bei den Hilfen zur Erziehung z.B. nicht nur die gezahlten Pflegesätze eingerechnet, sondern auch die anteiligen Kosten für die Personal- und Infrastruktur des Jugendamts, die bisher größtenteils als Ausgaben der Jugendhilfeverwaltung gebucht worden sind.

Durch die sukzessive Einführung des NKF in den Ländern und Kommunen und durch die Tatsache, dass die Verschiebungen von den allgemeinen Ausgaben zu den bereichsspezifischen Ausgaben nicht gesondert erfasst werden, sind Veränderungen insbesondere in den einzelnen Arbeitsfeldern landesspezifisch zu prüfen. So haben z.B. zwei Drittel der Kreise und Städte in NRW und fast die Hälfte der Kommunen in Rheinland-Pfalz (RP) im Jahre 2008 bereits auf das NKF umgestellt, in Hessen (HE) ca. 25%. In Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland sind es 5% bis 10%. In den restlichen Ländern hat es nur vereinzelt Umstellungen gegeben.

Ob es zukünftig möglich sein wird, den NKF-Effekt zu beziffern, wird davon abhängen, ob es gelingt, sich in einzelnen Kommunen durch die Analyse der Haushaltsbilanzen vor und nach NKF-Einführung den Dimensionen der Verschiebung zu nähern.

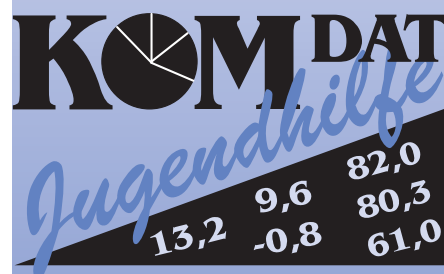
Kindertagesbetreuung

In Westdeutschland (einschl. Berlin) wurden 2008 für die Kindertagesbe-

treuung insgesamt 11,6 Mrd. EUR ausgegeben. Dies ist gut eine Mrd. EUR mehr als noch ein Jahr zuvor (+9,5%). Ein Grund für die Zunahme ist im Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige zu sehen. Zwischen März 2008 und Ende Februar 2009 sind 30.000 Angebote in Kindertageseinrichtungen und etwa 7.000 in der Kindertagespflege hinzugekommen. Eine wachsende Bedeutung bei den höheren Aufwendungen haben dabei auch die Ausgaben für Baumaßnahmen. Diese sind deutlich von 270 Mio. EUR im Jahr 2007 auf 380 Mio. EUR in 2008 gestiegen (+41,9%, preisbereinigt +38,3%). Und auch die Mehrausgaben für die Kindertagespflege sind beträchtlich: von 148 Mio. in 2007 auf 188 Mio. EUR in 2008 (+27%). Durch den Ausbau der Angebote für unter 3-Jährige lässt sich allerdings nicht die gesamte Kostensteigerung erklären. Für die zusätzlichen Betriebs- und die Investitionskosten sind 500 bis 600 Mio. EUR anzusetzen. Die restlichen Ausgabensteigerungen sind auf erweiterte Leistungen, wie z.B. den Ausbau der Ganztags- oder auch der Hortangebote zurückzuführen. Relevante Effekte des NKF wiederum können nur in NRW, HE und RP auftreten.

In Ostdeutschland haben die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung ebenfalls um 133 Mio. EUR zugenommen (+5,3%; preisbereinigt +2,9%). Dies ist die höchste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Sie hängt mit einem Anstieg von 3,4% bei der Anzahl der betreuten Kinder bis zum Alter von 14 Jahren sowie steigenden Investi-

Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe, Informationsdienst der Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik, AKJ^{Stat}, gefördert durch das BMFSFJ und MGFFI NW



Editorial

In diesem Jahr feiert nicht nur das Achte Sozialgesetzbuch sein 20-jähriges Jubiläum, sondern auch die mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes überarbeitete Kinder- und Jugendhilfestatistik. Am Anfang von Politik, Fachwelt und Wissenschaft so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen – sieht man einmal vom Personalthema ab –, hat sich das Interesse an dieser Datengrundlage spürbar erhöht. Kein Familien- und Jugendpolitiker kann heutzutage auf die Datenquelle so einfach verzichten, keine Examensarbeit zur Kinder- und Jugendhilfe kann ungestraft ohne einen Blick in diese Statistik entstehen, keine Pressemeldung des Statistischen Bundesamtes verschwindet von der Presse unbeachtet im Orkus einer Flut von unveröffentlichten Meldungen. In auffälliger Weise ist die Kinder- und Jugendhilfestatistik eine wichtige Quelle der Erkenntnis.

Seit fast 12 Jahren begleitet die AKJ^{Stat} diese Entwicklung, u.a. mit seinem Informationsdienst Kom^{Dat}. Vom ersten Tag an war uns nicht nur wichtig, Ergebnisse der Statistik komprimiert und verständlich zu vermitteln, sondern auch Interpretationshilfen zu leisten sowie auf »Fallstricke« aufmerksam zu machen. Das und die Aktualität unserer Beiträge sind der »rote Faden«. Inwiefern uns das bislang gelungen ist, möchten wir gerne von Ihnen wissen. Wir würden uns freuen, wenn Sie an unserer Leserbefragung teilnehmen würden – füllen Sie doch bitte den beigefügten Fragebogen aus und senden ihn an uns zurück.

Schwerpunktthemen

Umfangreichere Leistungen in 2008 führen zu höheren Ausgaben	1
Weit, weit ist der Weg ... Anhaltende Dynamik in der Kindertagesbetreuung	2
Welche Probleme führen zu einer Hilfe zur Erziehung?	4
Wo bleibt die Kinder- und Jugendarbeit?	6

Notizen

Literatur, Neues aus der AKJ ^{Stat} und dem Forschungsverbund	8
--	---

tionsausgaben zusammen (+19 Mio. EUR).

Hilfen zur Erziehung und Schutzmaßnahmen

Fortgesetzt haben sich auch die Mehraufwendungen für die Hilfen zur Erziehung, sowohl bei den ambulanten als auch den stationären Hilfen. So sind im letzten Jahr die Ausgaben für die Heimerziehung und Vollzeitpflege in Westdeutschland einschl. Berlin um 6,4% (preisbereinigt +3,8%) und in Ostdeutschland um 4,5% (preisbereinigt +1,9%) gestiegen. Für die ambulanten Leistungen liegen die Zuwachsraten sogar bei 16% im Westen und 12% im Osten. Die deutlich höher ausgewiesenen Personalkosten bei den ambulanten Hilfen in NRW, HE und RP lassen dabei im Übrigen einen NKF-Effekt vermuten.

Für Schutzmaßnahmen wurden 2008 bundesweit 118 Mio. EUR aufgewendet. Dies sind die höchsten jemals gemessenen jährlichen Ausgaben in diesem Bereich. Der Zuwachs zum Vorjahr beträgt 23% und fällt damit noch höher aus als zwischen 2006 und 2007 (+18%). Diese Zunahme korrespondiert jedoch mit einem

deutlich zu beobachtenden Anstieg der Fallzahlen (vgl. Kom^{Dat} 2/2009, S. 5).

Kinder- und Jugendarbeit

Die Ausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit sind in Westdeutschland um 73 Mio. EUR (+6,4%; preisbereinigt um 3,7%) gestiegen. Nachdem die Ausgaben in den letzten Jahren zurückgegangen sind, ist dies sicherlich eine erfreuliche Nachricht. Der NKF-Effekt kann auch diesbezüglich nur in NRW, HE und RP auftreten. Hier zeigt sich, dass die Personalausgaben durch die Zurechnung von allgemeinen Verwaltungskosten im Jugendamt gestiegen sind. Erste Überlegungen lassen es als plausibel erscheinen, dass 15% bis 20% der höheren Ausgaben auf diese Verschiebungen zurückzuführen sind. In Ostdeutschland sind die Ausgaben

für die Kinder- und Jugendarbeit praktisch konstant geblieben.

Fazit

Die Analyse der Ausgabenentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe – gleiches gilt für alle anderen Ausgabenbereiche der Kommunen – ist aufgrund der Einführung des NKF in den letzten Jahren schwieriger geworden und wird auch noch weiter problematisch bleiben. Die Umbuchungen aus dem allgemeinen Haushalt werden als Ausgabensteigerung in den einzelnen Bereichen ausgewiesen. Je mehr Kommunen in den jeweiligen Ländern in den nächsten Jahren flächendeckend umstellen, desto höher wird der Effekt sein, der allerdings nur schwer zu beziffern ist. In der Systemumstellungsphase müssen alle Aussagen zu Ausgabenveränderungen immer unter dem Vorbehalt landesspezifischer NKF-Effekte gemacht werden. Die Hoffnung ist allerdings, dass nach der Umstellung für alle Aufgabenbereiche der Kommune die »echten Kosten«, die in einem betriebswirtschaftlichen Sinne den Kommunen entstehen, dargestellt und analysiert werden können.

Matthias Schilling

Tab. 1: Ausgaben und Einnahmen für die Kinder- und Jugendhilfe (Deutschland, West- und Ostdeutschland; 2007, 2008; in Mio. EUR)

	2007	2008	Veränderung		Preisber.
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	abs.	in %	Veränd. in %
Ausgaben insg.	22.793	24.593	1.801	7,9	5,2
davon:					
Westdeutschland (inkl. Berlin)	18.813	20.371	1.558	8,3	5,5
Ostdeutschland	3.757	3.975	218	5,8	3,1
Oberste Bundesjugendbehörde	223	248	25	11,2	8,4
Einnahmen insgesamt	2.252	2.342	89	4,0	1,3
Reine Ausgaben insgesamt	20.540	22.252	1.711	8,3	5,6

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Ausgaben und Einnahmen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Weit, weit ist der Weg ... Anhaltende Dynamik in der Kindertagesbetreuung

Die gesamte Fachwelt blickt gegenwärtig auf den Ausbau der Kindertagesbetreuung, insbesondere der Angebote für unter 3-Jährige in Westdeutschland. Dazu hat das Statistische Bundesamt im November 2009 die neuesten Zahlen veröffentlicht: Zwischen 2008 und 2009 ist die Inanspruchnahme im Westen von 12,2% auf 14,6% gestiegen. Um bis Ende 2013 eine Versorgung von bundesdurchschnittlich 35% zu erreichen, müsste in der restlichen Laufzeit der Zuwachs daher nahezu verdoppelt werden: von jährlichen 2,4 auf mindestens 4 Prozentpunkte. Das wären immerhin 60.000 neu geschaffene Plätze in Einrichtungen und Tagespflege pro Jahr in Westdeutschland. Die fachliche Debatte darf jedoch nicht auf den Ausbau für unter 3-Jährige beschränkt bleiben. Bei den Angeboten für das Kindergarten- und Hortalter sind ebenfalls wichtige Entwicklungen zu beobachten.

Das Kindergartenalter: 3-Jährige als Profiteure der Demografie

Es ist keine neue Erkenntnis: Die Kinder in Deutschland werden weniger. In den Tageseinrichtungen sind die 3- bis 6-Jährigen zwischen 2006 und 2009

bundesweit um 67.500 zurückgegangen. Dabei sind allerdings gegenläufige Tendenzen für Ost- und Westdeutschland zu beobachten. Während die Anzahl der betreuten Kinder im Osten zuletzt um 10.500 gestiegen ist,

wird für den Westen ein Rückgang um 78.000 ausgewiesen.

Ist dieser Rückgang im Kindergartenalter nunmehr das bloße Abbild der Demografie? Wohl kaum, da der demografische Rückgang ansonsten mit

7,4% weitaus höher ausfallen müsste. Anders formuliert: Wenn die Anzahl der betreuten Kinder in gleichem Maße wie in der Bevölkerung gesunken wäre, müssten 2009 nicht 78.000, sondern 143.000 Kinder weniger betreut worden sein. Da dies nicht der Fall ist, ist davon auszugehen, dass mit dem zahlenmäßigen Rückgang der Kindergartenkinder zugleich noch bestehende Versorgungslücken geschlossen wurden.

Um welche ›Lücken‹ es sich dabei handelt, zeigt eine differenzierte Betrachtung nach den einzelnen Altersjahren in Westdeutschland: Während sich der Rückgang der 6-Jährigen in der Bevölkerung auf 8,6 Prozentpunkte beläuft, liegt die Abnahme der betreuten 6-Jährigen sogar bei 14,1 Prozentpunkten (vgl. Abb. 1). Dieser verhältnismäßig hohe Rückgang ist nicht zuletzt auf Regelungen zur vorgezogenen Einschulung in einzelnen Bundesländern zurückzuführen.

Neben den 6-Jährigen haben ferner auch die 4- und 5-Jährigen demografisch abgenommen. Im Unterschied zu den 6-Jährigen liegt ihr Rückgang in Tageseinrichtungen jedoch unter dem in der Bevölkerung: Der demografische Rückgang der 4- und 5-Jährigen beträgt 5,9 bzw. 9,6 Prozentpunkte, der der betreuten 4- und 5-Jährigen in Tageseinrichtungen jedoch lediglich 3,0 bzw. 5,6 Prozentpunkte. Entsprechend ist ihre Quote der Inanspruchnahme auf jeweils rund 95% angestiegen.

Eine gegenläufige Entwicklung lässt sich hingegen bei den 3-Jährigen beobachten: Während ihre Zahl in der Bevölkerung zwar ebenfalls um 6% gesunken ist, zeigt sich bei der Inanspruchnahmequote eine Zunahme um 4,2 Prozentpunkte. Dadurch hat sich die Versorgungsquote für diese Gruppe in Westdeutschland inzwischen von 73,4% auf 81,3% verbessert.

Der Blick in die einzelnen Bundesländer macht allerdings deutlich, dass es diesen ›Nachholbedarf‹ nicht überall gab. Erhebliche Zuwächse bei den 3-Jährigen finden sich in Niedersachsen (+13,6%), in Nordrhein-Westfalen (+11,0%) oder in Bayern (+9,5%). Da-

mit erreichen diese Länder eine Inanspruchnahme zwischen 73% und 79%. Zuwächse sind vor allem dort zu finden, wo 2006 noch eine vergleichsweise niedrige Inanspruchnahmequote von unter 70% existierte.

Der demografische Rückgang und die vorgezogene Einschulung ›stopften‹ somit in Westdeutschland die Versorgungslücken bei den 3-Jährigen. Anders formuliert: Mit tatkräftiger Unterstützung der Demografie wird in Westdeutschland 13 Jahre nach Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr dieser langsam ›flächendeckend‹ zur Realität.

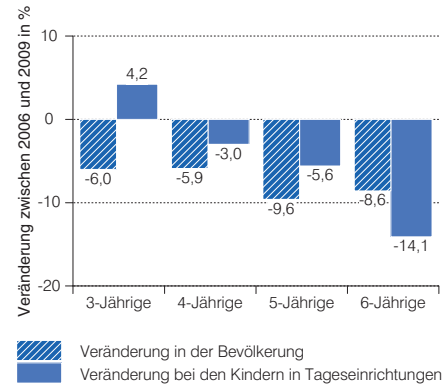
In Ostdeutschland zeigt sich eine dementsprechende Entwicklungsdynamik nicht. Dies liegt an dem auch zuvor schon viel besser ausgebauten Kinderbetreuungssystem und der damit einhergehenden besseren Versorgung der 3-Jährigen. Zugleich ist aber auch die demografische Entwicklung dort anders verlaufen als im Westen. Zwar geht auch hier die Zahl der 3-Jährigen derzeit wieder etwas zurück, während allerdings die Zahl der 6-Jährigen immer noch – wenn auch nur geringfügig – zunimmt.

Das Krippenalter: ›U3-Dynamik bei den 2-Jährigen

Neben den 3-Jährigen gibt es jedoch noch weitere ›Profiteure‹ des Rückgangs der Kindergartenkinder: Dieser hat nämlich zugleich auch Kapazitäten für den ›U3-Ausbau‹ freigesetzt, die vor allem für die 2-Jährigen seitens der Kommunen genutzt werden.

Deutlich wird dies durch einen Blick auf die Altersverteilung der Jüngsten: Die Inanspruchnahme bei den unter 1-Jährigen ist mit rund 2% im Westen und 5% im Osten nach wie vor nahezu bedeutungslos; bei den 1-Jährigen stieg die Quote in Westdeutschland zuletzt auf etwas mehr als 12% (vgl. Tab. 1). Der höchste Anstieg wurde hingegen bei den 2-Jährigen erreicht. Diese kommen inzwischen (2009) in West-

Abb. 1: Veränderung der Anzahl der 3-Jährigen bis zum Schuleintritt in der Bevölkerung und in Tageseinrichtungen nach Altersjahren (Westdeutschland; 2006 und 2009; in %)



Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder in Tageseinrichtungen, 2006 und 2009; eigene Berechnungen

deutschland auf eine Inanspruchnahmequote von immerhin 30%. Das sind 13 Prozentpunkte mehr als 2006. Diese Zuwächse lassen darauf schließen, dass die zusätzlichen Plätze in Westdeutschland vor allem in bestehenden Einrichtungen entstanden sind, indem sich die Kindergartengruppen für 2-Jährige geöffnet haben.

In Ostdeutschland fand die Steigerung nicht wie im Westen bei den 2-Jährigen, sondern vor allem bei den 1-Jährigen statt: Ihre Inanspruchnahmequote ist bis 2009 von 40% auf 57% gestiegen. Für Kinder unter einem Jahr war die Nachfrage hingegen leicht rückläufig (von 6,3% auf 4,7%). Möglicherweise ist dies eine Folge der Einführung des Elterngeldes im Jahre 2007, das im Unterschied zum Erziehungsgeld in der Regel nur 12 bis 14 Monate gezahlt wird.

Die demografische ›Rendite‹ zugunsten der 3-Jährigen bzw. der unter 3-Jährigen geht jedoch langsam zur Neige. Laut 12. koordinierter Bevölkerungsvorausberechnung wird die Zahl der Kinder im Kindergartenalter zwischen 2012 und 2020 konstant bleiben (vgl. Statistisches Bundesamt 2009). Diese Entwicklung hat weitreichende Konsequenzen für den weiteren ›U3-Ausbau‹, der dann nur noch fristgerecht realisiert werden kann, wenn tatsächlich mit Nachdruck umfangreiche

Tab. 1: Quote der Inanspruchnahme nach Alter (West- und Ostdeutschland; 2006 und 2009; in % der altersgleichen Bevölkerung)

Altersgruppen	15.03. 2006	01.03. 2009	Veränd. 06/09 in Prozentpunkten
Westdeutschland (ohne Berlin)			
unter 1-Jährige	1,5	1,7	0,1
1-Jährige	5,4	12,4	7,0
2-Jährige	16,7	29,7	13,0
U3 insg.	8,0	14,6	6,6
Ostdeutschland (ohne Berlin)			
unter 1-Jährige	6,0	5,0	-1,0
1-Jährige	40,4	56,7	16,3
2-Jährige	72,6	77,8	5,2
U3 insg.	39,7	46,0	6,2

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Kinder in Tageseinrichtungen, 2006 und 2009; eigene Berechnungen

Investitionen in den Neubau bzw. in Erweiterungsbauten von Tageseinrichtungen getätigt werden. Und das wird in den nächsten Jahren eine »knifflige« Aufgabe bleiben.

Das Hortalter: Totgesagte leben länger ...

Nicht nur die Alterszusammensetzung der Kinder im Kindergartenalter, sondern auch die der Schulkinder verweist auf eine interessante und bemerkenswerte Entwicklung: Entgegen aller Unkenrufe, die mit dem Ausbau der Ganztagsgrundschulen schon das Ende des Horts heraufbeschworen haben, nimmt die Anzahl der Kinder in dieser Betreuungsform weiterhin zu – im Übrigen weitestgehend unbeachtet von Fachwelt und Öffentlichkeit.

Statistisches Bundesamt legt »Kita Regional 2009« vor

Im Januar 2010 hat das Statistische Bundesamt die alljährliche Veröffentlichung von Kreisergebnissen zur Kindertagesbetreuung neu aufgelegt. Grundlage der Darstellung sind die Erhebungsergebnisse des Jahres 2009. Auf 46 Seiten wird nach einer kurzen thematischen Einführung sowie einem Einblick in die methodischen Grundlagen der Statistik zu den Kindertageseinrichtungen und zur Tagespflege die Betreuungssituation von Kindern im Alter von unter 3-, 3- bis unter 6- sowie 6-Jährigen und Älteren dargestellt. Wie der Titel es bereits vermuten lässt, wird der Darstellung der Auswertung von regionalen Disparitäten eine besondere Bedeutung beigegeben. Und diese sind beträchtlich: So variiert die »Betreuungsquote« für unter 3-Jährige im Kreisvergleich zwischen 5% und niedriger in einigen Regionen Niedersachsens sowie 60% und mehr in ostdeutschen Landkreisen. Die Publikation ist kostenlos unter www.destatis.de verfügbar.

Nur in vier Bundesländern ist die Anzahl der Grundschüler/-innen in der Kindertagesbetreuung zurückgegangen. In den Stadtstaaten Bremen und Berlin sowie dem Saarland fällt dieser Rückgang noch moderat aus. In Nordrhein-Westfalen hingegen sind Anfang 2009 – wie politisch beabsichtigt – zwei Drittel der noch im Jahre 2006 existierenden Plätze in Horten abgebaut worden. Der Grund hierfür liegt in der gezielten Umsteuerungsstrategie des Landes hin zur »Offenen Ganztagschule«. In den übrigen Ländern können jedoch für die letzten vier Jahre zum Teil erhebliche Ausbaubemühungen beobachtet werden: etwa in Sachsen oder in Bayern mit einem Plus von rund 20.000 Grundschulkindern in der Tagesbetreuung oder in Brandenburg und in Sachsen-Anhalt mit einem Anstieg um jeweils rund 10.000 Kinder.

Auch hier ist ein Blick auf die Bevölkerungszahlen aufschlussreich. Im Westen ist die Anzahl der 6- bis 10-Jährigen gesunken, im Osten hingegen gestiegen. Die Entwicklung im Hortbereich steht dort im Einklang mit der Bevölkerungsentwicklung. In den meisten westlichen Bundesländern hingegen läuft die Entwicklung im Hort entgegen der Entwicklung in der Bevölkerung: Trotz Rückgang der Kinder in dieser Altersgruppe wurde die Tagesbetreuung für Grundschüler/-innen ausgebaut. Der Hort ist somit weiter denn je davon entfernt, ein Auslaufmodell zu sein.

Betreuungskapazitäten im Grundschulalter spielen eine noch weitaus bedeutendere Rolle, sofern man die

Ganztagschulen hinzu-rechnet. In einigen Bundesländern sind diese massiv ausgebaut worden, teilweise – wie beispielsweise in Nordrhein-Westfalen – zu Lasten des Hortes. In anderen Bundesländern geht man den Weg einer pragmatischen Koexistenz, so dass beide Betreuungsformen gleichermaßen wachsen – so beispielsweise in Rheinland-Pfalz. Und wie-

der andere Bundesländer haben ein Kooperationsmodell zwischen Schule und Jugendhilfe etabliert. Dies ist insbesondere für die östlichen Länder zu beobachten, die auf ein sehr gut ausgebautes System der Schulkinderbetreuung in Regie der Kinder- und Jugendhilfe aufbauen konnten.

Eine Gesamtbetreuungsquote auszuweisen und den Stellenwert von Hort und Ganztagschule abzugleichen, ist jedoch nachwievor ohne Weiteres nicht möglich, da es keine einheitliche statistische Erfassung gibt (vgl. Kom^{Dat} 2/2007, S. 2f.). Zum Teil werden die Hortkinder auch in der Schulstatistik gezählt und umgekehrt. Schätzungen gehen davon aus, dass in Horten und in Ganztagschulen zusammen rund 662.400 Kinder betreut werden (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008); von diesen besuchen immerhin 40% einen Hort. Diese Größenordnung spricht dafür, den Hort wieder stärker ins öffentliche Blickfeld zu rücken und fachpolitische Debatten über seine konzeptionelle Weiterentwicklung auf die Tagesordnung zu setzen (vgl. Diskowski 2009).

Kirsten Fuchs-Rechlin/Matthias Schilling

In diesem Heft verwendete Literatur

- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I, Bielefeld 2008.
- Blandow, J.: Zielgruppen und Zugangswege für Hilfen zur Erziehung, in: V. Birtsch, K. Münstermann, W. Trede (Hrsg.), Handbuch Erziehungshilfe, Münster 2001.
- Diskowski, R. (2009): Spricht eigentlich noch jemand über den Hort. ... oder hat die Kinder- und Jugendhilfe die Kinder im Grundschulalter aufgegeben?, in: KiTa NRW, Heft 11, S. 230-233.
- Pothmann, J.: Veranstaltungen der Kinder- und Jugendarbeit im Spiegel der Statistik, in: Forum Jugendhilfe, 2006, Heft 1, S. 57-61.
- Schilling, M.: Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik. Dissertation am Fachbereich 12 der Universität Dortmund 2002 (<http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?i dn=966542657>).
- Schilling, M./Pothmann, J./Wilk, A.: HzE Bericht 2009. Gewährung und Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung in Nordrhein-Westfalen (Datenbasis 2007), Köln und Münster 2009.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2009 (www.destatis.de).
- Wiesner, R. u.a.: SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe, 3. Aufl., München 2006.

Welche Probleme führen zu einer Hilfe zur Erziehung?

Mit der Datenerfassung für das Erhebungsjahr 2008 ist die veränderte Erhebungssystematik der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik für die erzieherischen Hilfen zum zweiten Mal zum Einsatz gekommen. Seit Ende letzten Jahres liegen diese Ergebnisse nun vor. Gegenüber der ersten Erfassung des Jahres 2007 hat sich mit den 2008er-Daten die Vollständigkeit und Vollzähligkeit der Ergebnisse erheblich verbessert (siehe Kasten I). Im Folgenden wird der Blick auf die derzeitige Gewährungspraxis der Jugendämter bei den Hilfen zur Erziehung sowie den dahinter stehenden Problemlagen in den Familien bzw. bei den jungen Menschen gerichtet.

3% der unter 21-Jährigen erhalten 2008 eine neue Hilfe

Im Jahr 2008 wurden 453.328 Hilfen zur Erziehung neu begonnen. Unter Berücksichtigung der familienorientierten Hilfen werden auf diese Weise mehr als eine halbe Million junger Menschen erreicht, wobei einige der Adressaten/-innen auch mehr als eine Hilfe erhalten dürften. Pro 10.000 unter 21-Jährige werden damit 302 junge Menschen unterstützt. Anders ausgedrückt: Statistisch gesehen wurde im Jahr 2008 für rund 3% der unter 21-Jährigen eine Hilfe zur Erziehung neu begonnen.

Bedarf bei Kindern ähnlich hoch wie bei Jugendlichen

Mit Blick auf die Altersverteilung zeigt sich über alle Hilfen hinweg, dass mit Abstand die wenigsten Neuhilfen für junge Volljährige gewährt werden. Hilfen zur Erziehung beginnen somit zu weit über 90% vor dem 18. Lebensjahr.

Bei den Minderjährigen werden die wenigsten Neuhilfen für die unter 3-Jährigen, die meisten für die 6- bis unter 10-Jährigen registriert. Auf einem zahlenmäßig vergleichbaren Niveau bewegen sich die Leistungen für die 3- bis 6-, die 10- bis 14- sowie die 14- bis 18-Jährigen (vgl. Tab. 1).

Diese Verteilung resultiert jedoch maßgeblich aus der Inanspruchnahme von Leistungen der Erziehungsberatung. Jenseits dieser Hilfe ist die Zahl

der begonnenen Hilfen bezogen auf 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung hingegen verhältnismäßig ausgewogen und schwankt bei den unter 18-Jährigen je nach Altersgruppe zwischen 107 und 149 Hilfen (vgl. Tab. 1). Das heißt, dass die Zahl der über die Hilfen zur Erziehung erreichten unter 3-Jährigen ähnlich hoch ist wie der Wert der anderen Altersgruppen.

Dies ist nicht zuletzt ein Ergebnis der in den letzten Jahren auch medial geführten Kinderschutzdebatte, die mit dazu beigetragen hat, dass Jugendämter und soziale Dienste verstärkt die Problemlagen der jüngsten Kinder in den Blick genommen haben (vgl. Kom^{Dat} 3/08).

Zwischen unzureichender Versorgung, familiären Krisen und individuellen Problemen

Seit 2007 werden in der amtlichen Statistik die Gründe für die Hilfestellung erfasst, wobei bis zu drei Gründe pro Hilfe nach Gewichtung sortiert genannt werden können. Im Durchschnitt werden zwei Gründe pro Hilfe angegeben. Insgesamt können die neun Merkmalsausprägungen (ohne Zuständigkeitswechsel) für eine Begründung der Hilfestellung in drei Kategorien eingeteilt werden (siehe Kasten II).

Tab. 1: Begonnene Hilfen zur Erziehung nach Alter (Deutschland; 2008; pro 10.000 der altersentsprechenden Bevölkerung)

Von ... bis unter ... Jahre	Leistungen insgesamt	davon Erziehungsberatung	davon Hilfen ohne Beratung
0 – 3	229	96	133
3 – 6	330	222	107
6 – 10	425	293	132
10 – 14	360	229	131
14 – 18	329	179	149
18 – 27	37	22	15

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

Mit Blick auf die drei Kategorien spielen mit einem Anteil von 43% familiäre Problemlagen die größte Rolle bei der Inanspruchnahme von erzieherischen Hilfen (ohne Erziehungsberatung), gefolgt von individuellen Belastungen (35%) sowie einer unzureichenden Förderung des jungen Menschen (23%). Bei der Bewertung dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Gründe auf tatsächliche Probleme von jungen Menschen und ihren Familien hinweisen, darin zugleich aber auch Wahrnehmungs- und Definitionsprozesse bei der Fallbearbeitung zum Ausdruck kommen.

Schaut man auf die Gewährungspraxis bei einzelnen Hilfen, so zeigt sich ein vielfältiges Bild: Der Inanspruchnahme von familienorientierten Hilfen, wie der SPFH (52%) und den familienorientierten »27er-Hilfen« (45%), gehen einmal mehr vorrangig familiäre Konflikte oder eine eingeschränkte Erziehungskompetenz voraus (vgl. bereits Blandow 2001). Dagegen begünstigen individuelle Problemlagen eher Hilfen, die sich am jungen Menschen orientieren, wie z.B. die Erziehungsbeistandschaft (49%), wenngleich bei der Heim-

(I) Bessere Datenqualität für die Hilfen zur Erziehung

Angesichts der Erfahrungen mit der Einführung von veränderten Erhebungsverfahren und neuer Teilstatistiken in der Kinder- und Jugendhilfe sind Anfangsschwierigkeiten mit Blick auf Vollständigkeit und Vollzähligkeit der von den Auskunftspflichtigen gemachten Angaben nicht auszuschließen. Dies haben in der Vergangenheit entsprechende Analysen zur Datenqualität der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik (vgl. etwa Schilling 2002) genauso gezeigt wie die erste Erhebung zu den »Erzieherischen Hilfen, Eingliederungshilfen und Hilfen für junge Volljährige« 2007 (vgl. Schilling u.a. 2009). So hat das Statistische Landesamt in Nordrhein-Westfalen – kurz: IT.NRW – für die »2007er-Ergebnisse« darauf hingewiesen, dass Untererfassungen bei einzelnen Hilfearten im ersten Erhebungsjahr der neuen Statistik nicht ausgeschlossen werden können (www.it.nrw.de/statistik/e/daten/eckdaten/r312jugendhilfe1.html vom 22.12.09). Dennoch ist davon auszugehen, dass sich die Datenqualität bei der aktuell vorliegenden Folgeerhebung – also für 2008 – deutlich verbessert hat und noch weiter verbessern wird.

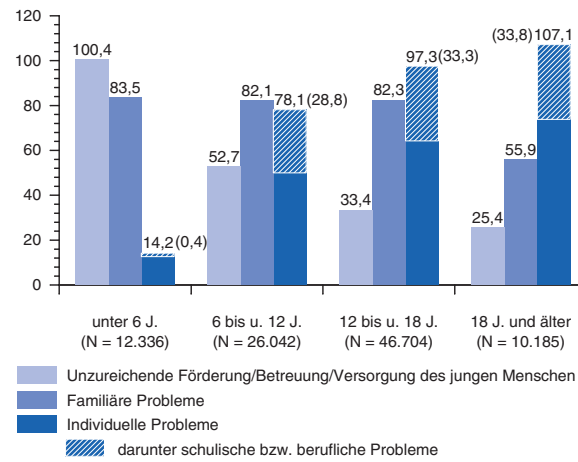
erziehung familiäre Belastungen als wichtigster Anlass genannt werden – jedoch nicht in dem Maße wie bei den familienorientierten Hilfen.

Je älter der junge Mensch, desto stärker der Fokus auf der Persönlichkeit

Bei den Gründen für eine erzieherische Hilfe lohnt ein Blick auf die Altersstruktur. Bei den Jüngsten wird vor allem eine unzureichende Versorgung, Förderung oder auch Betreuung genannt. Mit steigendem Alter sinkt die Bedeutung dieses Grundes, während individuelle Problemlagen des jungen Menschen an Bedeutung gewinnen (vgl. Abb. 1). Vor allem ab dem 6. Lebensjahr nehmen diese Schwierigkeiten als ein Grund für die Hilfen zur Erziehung zu.

Zu beachten ist aber, dass die familienorientierten Hilfen (SPFH sowie ›27er-Leistungen‹) hier nicht berücksichtigt werden können. Für alle Altersgruppen, aber insbesondere für die unter 12-Jährigen ist daher von einem hö-

Abb. 1: Gründe für die Gewährung von Hilfen zur Erziehung (einschl. der Hilfen für junge Volljährige) nach Altersgruppen (Deutschland; 2008; Anteil in %)¹,²



- Hier sind die Nennungen der Gründe bezogen auf die begonnenen Hilfen dargestellt. Dabei sind Mehrfachnennungen möglich.
- Die familienorientierten ›27er-Hilfen‹ sowie die SPFH können hier nicht mitberücksichtigt werden.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Erzieherische Hilfen, 2008; eigene Berechnungen

heren Anteil von Hilfen aufgrund familiärer Probleme auszugehen.

Häufige Hilfen aufgrund von Problemen in Schule und Beruf

Die Daten zu den Gründen für die Inanspruchnahme zeigen zunächst, dass die Hilfen zur Erziehung notwendige Unterstützungsleistungen für junge Menschen und ihre Familien in schwierigen Lebensumständen darstellen. Konflikte in der Familie, elterliche Überforderung, aber auch Belastungen und Problemlagen des jungen Menschen, die sicherlich auch

mit einem problematischen familiären Kontext einhergehen können, machen eine Hilfe notwendig. Schulische bzw. berufliche Probleme spielen dabei eine wichtige Rolle. Immerhin bei insgesamt jeder vierten Hilfe werden schulische Probleme mit als ein Grund für eine Hilfe genannt. Bei den ambulanten Leistungen ist es sogar fast jede dritte Hilfe. Dabei liegt der Anteil altersunabhängig für die 6-bis unter 27-Jährigen bei etwa 30% pro Altersgruppe (vgl. Abb. 1, Werte in Klammern).

Die Befunde zeigen, dass die Gründe für eine erzieherische Hilfe vielfältig sind. Bei ganz unterschiedlichen Problemlagen nehmen Familien diese Leistungen in Anspruch. Dies zeigt einerseits einmal mehr Vielseitigkeit und Flexibilität der Kinder- und Jugendhilfe, mit den Hilfen zur Erziehung das Aufwachsen und die Erziehung junger Menschen in der Familie zu begleiten und zu unterstützen.

Andererseits verweisen die Differenzierungen bei Alter und Gründen auch auf die Notwendigkeit, sowohl im Einzelfall als auch im Kontext der Jugendhilfeplanung den Blick über die Grenzen der (Unterstützungs-)Systeme hinweg zu richten, etwa durch eine stärkere Einbindung der Schule oder auch der Ausbildungsstätten in das Hilfeplanverfahren oder in die Jugendhilfeplanung.

Sandra Fendrich/Jens Pothmann/
 Agathe Wilk

(II) ›Aus 9 mach 3‹ – Zusammenfassung der Gründe für eine Hilfe:
 (a) Individuelle Problemlagen: Auffälligkeiten im sozialen Verhalten (dissoziales Verhalten), Entwicklungsauffälligkeiten, schulische/berufliche Probleme;
 (b) Familiäre Problemlagen: eingeschränkte Erziehungskompetenz, Problemlagen der Eltern, familiäre Konflikte;
 (c) Unzureichende Förderung/Betreuung/Versorgung des jungen Menschen: Unversorgtheit des jungen Menschen, unzureichende Förderung/Betreuung des jungen Menschen, Gefährdung des Kindeswohls.

Wo bleibt die Kinder- und Jugendarbeit?

Zwischen realem Krisenszenario und statistischen Ungereimtheiten

Die amtliche Statistik zur Kinder- und Jugendarbeit ist weit davon entfernt, dieses Arbeitsfeld in Gänze mit all seinen verschiedenen Facetten darzustellen. Es wird bislang nicht im Ansatz das gesamte Spektrum der Maßnahmen erfasst. So fehlen etwa die ›normalen‹ Gruppenangebote in der Jugendverbandsarbeit oder auch die freizeitbezogenen Aktivitäten in den Häusern der offenen Tür, Jugendclubs und Jugendhäusern. Ebenfalls wissen wir nichts über das Ausmaß des ehrenamtlichen Engagements. Gezählt werden hingegen alle vier Jahre Daten zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung, der Kinder- und Jugenderholung, der internationalen Jugendarbeit sowie den Fortbildungen der freien Träger für vor allem Ehrenamtliche. Somit beleuchtet die Statistik einen Ausschnitt der Kinder- und Jugendarbeit. Vor wenigen Wochen hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Erhebung für das Jahr 2008 vorgelegt. Welche Schlüsse lassen sich daraus ziehen, und welche Aussagen sind auf dieser Grundlage über die Kinder- und Jugendarbeit, aber auch über das Erhebungsinstrument selbst möglich?

Fortsetzung des Maßnahmenrückgangs?

Für das Jahr 2008 erfassten die Statistischen Landesämter insgesamt 89.157 Maßnahmen der Jugendarbeit mit nicht ganz 3,3 Mio. Teilnehmenden. Im Vergleich zur Erhebung von 2004 werden daher etwa 8% weniger Maßnahmen sowie eine um fast 11% geringere Anzahl an Teilnehmenden erfasst. Damit setzt sich auf den ersten Blick ein seit Mitte der 1990er-Jahre zu beobachtender Trend weiter fort.

Allerdings wird bei einem zweiten, länderbezogenen Blick deutlich, dass die Veränderungen zwischen den turnusmäßigen Erhebungen 2004 und 2008 in einzelnen Bundesländern kaum noch plausibilisierbare Ausmaße annehmen. Dies trifft vor allem auf die Resultate aus Berlin und Nordrhein-Westfalen zu (siehe Kasten).

Lässt man diese Resultate hingegen hier und im Folgenden unberücksichtigt, so erscheint die Entwicklung der öffentlich geförderten Maßnahmen in einem anderen Licht: Die Zahl der erfassten Maßnahmen hat sich zwischen 2004 und 2008 mit knapp 1% im Vergleich zu den vorherigen Erhebungszeiträumen mit -10% bzw. -9% nur noch unwesentlich reduziert. Pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen ist sogar – angesichts rückläufiger Bevölkerungszahlen für diese Altersgruppe (-6%) – ein Anstieg von 106 auf 113 Maßnahmen pro 10.000 der genannten Bevölkerungsgruppe festzustellen (vgl. Tab. 1).

Etwas deutlicher zurückgegangen ist in dem gleichen Zeitraum die Zahl der an den Maßnahmen Teilnehmenden: von 2,755 auf 2,583 Mio. junge

Menschen (-6%). Das entspricht – statistisch betrachtet – einer Quote von jeweils 40% an der genannten Bevölkerungsgruppe. Dabei sind allerdings Mehrfachteilnahmen nicht rausgerechnet, und die Teilnahme ist auch nicht nur auf die 12- bis 21-Jährigen beschränkt.

Reduzierung bei der Jugendberholung – Zunahme bei den Bildungsangeboten

Bei der Zusammensetzung des Spektrums öffentlich geförderter Maßnahmen der Kinder- und Jugendarbeit finden sich noch immer die Kinder- und Jugendberholungen an der Spitze. Für 2008 wird ein Anteil von etwa 48% hierfür ausgewiesen. Dahinter folgen die außerschulischen Jugendbildungsmaßnahmen (36%), die Mitarbeiterfortbildungen freier Träger, insbesondere in Form der Schulung von Ehrenamtlichen (12%), sowie die Angebote der internationalen Jugendarbeit (4%).

Seit den 1990er-Jahren zeigt sich diesbezüglich eine Verschiebung: weg von den Freizeit-/Erholungs- hin zu den Bildungsmaßnahmen (vgl. Pothmann 2006). Dieser Trend hat sich zwischen 2004 und 2008 – wenn auch abgeschwächt – weiter fortgesetzt. Während also die Zahl der Kinder- und Jugendberholungen zurückgegangen ist (-6%),

Tab. 1: Öffentlich geförderte Maßnahmen der Jugendarbeit (Deutschl.¹; 1996-2008; absolut u. bezogen auf die 12- bis 21-J.)

Jahr	Angaben absolut		Angaben bezogen auf die 12- bis 21-Jährigen	
	Maßnahmen	Teilnehmende	Maßnahmen ²	Teilnehmende ³
1996	90.035	3.264.394	134	49
2000	82.055	2.895.852	117	41
2004	74.025	2.755.349	106	40
2008	73.325	2.583.148	113	40

1 Die Ergebnisse für Berlin und NRW bleiben unberücksichtigt.

2 Angaben pro 10.000 der 12- bis 21-Jährigen.

3 Angaben pro 100 der 12- bis 21-Jährigen.

Quelle: StaBa: Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe – Maßnahmen der Jugendarbeit, versch. Jahrgänge; eigene Berechnungen

hat die Zahl der außerschulischen Jugendbildungen zugenommen (+3%).

Jugendarbeit braucht verlässliche Datengrundlage

Sicher sind Resultate der Maßnahmenstatistik kein Gradmesser für die tatsächlichen Aktivitäten der Kinder- und Jugendarbeit. Vielmehr sollen die Ergebnisse einen Beitrag der öffentlichen Hand zum Angebots- und Leistungsspektrum der Kinder- und Jugendarbeit abbilden. Die Daten enthalten somit Hinweise auf die bildungs-, sozial- und jugendpolitische Stellung der Kinder- und Jugendarbeit bei der Gestaltung eines Aufwachsens in öffentlicher Verantwortung für das Jugendalter.

Voraussetzung hierfür ist allerdings eine zuverlässige und abbildgenaue Datengrundlage. Ob dies mit der vor etwa 30 Jahren konzipierten Erhebung zu den öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit und einem seither weitgehend unveränderten Erfassungsinstrument allerdings noch gelingt, scheint zunehmend fraglich. Bereits in der Vergangenheit sind immer wieder Zweifel an der Aussagekraft der Statistik zu den Maßnahmen der Jugendarbeit laut geworden (vgl. z.B. Wiesner u.a. 2006, S. 1695). Bei allen Bemühungen um eine Verbesserung der Datenqualität und eine Steigerung der Akzeptanz dieser Teilerhebung scheint es an der Zeit, diese Teilerhebung der Kinder- und Jugendhilfestatistik grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen und weiterzuentwickeln.

Jens Pothmann

Ergebnisse für Berlin und Nordrhein-Westfalen geben Rätsel auf

Während in 14 der 16 Bundesländer der Rückgang der öffentlich geförderten Maßnahmen bei bis zu 14% liegt – bzw. für Bayern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein sogar Zuwächse zu verzeichnen sind –, werden für Berlin 2008 rund 45% sowie für Nordrhein-Westfalen immerhin 29% weniger öffentlich geförderte Maßnahmen gezählt als noch 2004. Angesichts dieser auf dem Papier »erdrutschartigen« Rückgänge lassen sich Anfragen an die Zuverlässigkeit dieser Daten nicht vermeiden.

So soll sich in NRW die Zahl der öffentlich geförderten Maßnahmen der Jugendarbeit zwischen 2004 und 2008 von rund 19.200 auf etwa 13.600 reduziert haben. Das wäre der mit Abstand niedrigste Wert seit der ersten Erfassung 1988. Dabei haben laut Statistik im Vergleich zu 2004 die Jugendverbände als Trägergruppe 2008 etwa 6.000 Maßnahmen weniger durchgeführt (-65%), während die Zahl der durchgeführten Maßnahmen anderer Trägergruppen sogar leicht zugenommen hat. Selbst unter Berücksichtigung knapper finanzieller Spielräume in den Kommunen oder auch einer Veränderung und der Kürzung der Landesförderung für die Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen sowie die Jugendverbandsarbeit im Besonderen ist ein derartiger Rückgang nicht zu erklären.

12. Jahrgang

Herausgeber:

Prof. Dr. Th. Rauschenbach

Redaktion:

Dr. Jens Pothmann

Dr. Matthias Schilling

Sandra Fendrich

Erscheinungsweise: 3-mal jährlich

Impressum

ISSN 1436-1450

Dortmunder Arbeitsstelle Kinder- & Jugendhilfestatistik – AKJ^{Stat}

Technische Universität Dortmund
FK12/Forschungsverbund DJI/TU Do
CDI-Gebäude, Vogelpothsweg 78
44227 Dortmund

Tel.: 0231/755-5557

Fax: 0231/755-5559

www.akjstat.uni-dortmund.de

E-Mail: komdat@fb12.uni-dortmund.de

Bezugsmöglichkeiten:

Die Ausgaben von Kom^{Dat} sind kostenfrei. Die Hefte werden als PDF-Datei per E-Mail oder als Druckfassung auf dem Postwege verschickt.

Satz: AKJ^{Stat}

Druck: Offsetdruck J. Heinze Dortmund

Literatur

Bock-Famulla, K./Große-Wöhrmann, K.: Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2009, Gütersloh 2010.

Der Anfang Februar 2010 erschienene Länderreport 2009 bietet in 16 Länderprofilen einen Überblick zum aktuellen Status Quo und zu Entwicklungstrends der frühkindlichen Bildungssysteme aller Bundesländer. Zentrale Datenquellen stellen die Daten der amtlichen Kinder- und Jugendhilfestatistik sowie die aus einer Befragung aller zuständigen Landesministerien dar. Neben aktuellen Herausforderungen in der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in der gesamtgesellschaftlichen Perspektive liegt ein Hauptaugenmerk der Auswertung auf der Qualität in Kindertageseinrichtungen, wie sie sich in der Personalausstattung der Einrichtungen zeigt.

Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009 in Berlin, Wiesbaden 2009.

Ende letzten Jahres hat das Statistische Bundesamt die bundesweiten Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung veröffentlicht, die die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2060 aufzeigt.

Ausgehend vom 31.12.2008 geht die Vorausberechnung vor dem Hintergrund bestimmter Basisannahmen von einem Rückgang der Kinder und Jugendlichen um rund 12% bis zum Jahr 2025 aus. Diese Entwicklung betrifft die jugendhilferelevanten Altersgruppen in unterschiedlichem Ausmaß: So wird z.B. im benannten Zeitraum die Anzahl der unter 6-jährigen Kinder, die zentrale Altersgruppe für die Kindertageseinrichtungen, noch leicht sinken, und zwar um 6%. Ein stärkerer Rückgang um 13% wird für die Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren vorausberechnet. Und bei den Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren wird ein Rückgang um rund 17% erwartet.

Neues aus der AKJ^{Stat} und dem Forschungsverbund

Forschungsverbund DJI, TU Dortmund/Familien-Projekt Stadt Dortmund (Hrsg): Familien stärken und unterstützen. Dokumentation des Familienkongresses am 17. und 18. Juni 2009, Dortmund 2010.

Unter dem Motto »Familien stärken und unterstützen« veranstalteten die Stadt Dortmund und die TU Dortmund am 17./18.06.2009 in Dortmund einen landesweiten Fachkongress mit 500 Teilnehmer/-innen aus Praxis, Politik und Wissenschaft. Ausgerichtet worden ist die Veranstaltung vom Familien-Projekt der Stadt Dortmund und dem Forschungsverbund DJI/TU Dortmund. Mittlerweile liegt die Tagungsdokumentation vor und ist online verfügbar (www.familienkongress.dortmund.de >> Dokumentation)

Rauschenbach, Th: Zukunftschance Bildung. Familie, Jugendhilfe und Schule in neuer Allianz, Weinheim und München 2009.

Bildung ist in Deutschland zu einem zentralen Schlüsselbegriff in Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft geworden. Der Band rückt unauffällige und eher vernachlässigte Zusammenhänge von Bildungsprozessen in den Mittelpunkt und zeigt Herausforderungen und Perspektiven auf. Plädiert wird für eine Überwindung der fragmentierten Diskussion von Bildung nach Altersstufen, Orten und Inhalten, nach Zuständigkeiten, Institutionen und Aufgaben, nach Denktraditionen und Disziplinen. Im Lichte eines lebenslauforientierten Blicks auf Bildung schließt der Vorschlag für eine konzeptionelle Neuausrichtung eine stärkere Beachtung der Alltagsbildung sowie eine bessere Verzahnung der unterschiedlichen Bildungsorte und Lernwelten mit ein.

Tagungsankündigung

Am 06./07. Mai 2010 veranstaltet die AKJ^{Stat} in Dortmund eine Fachtagung zum Thema »20 Jahre Kinder- und Jugendhilfe im Spiegel ihrer Statistik«, die sich an Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Fachpraxis richtet. Informationen zur Tagung sind zu finden unter: www.akjstat.uni-dortmund.de